

Plenarprotokoll der 112. Sitzung des nordrhein-westfälischen Landtags am 28.1.2009

Tagesordnungspunkt 2

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009, Drucksachen 14/7000, 14/7900)

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2008 bis 2012 mit Finanzbericht 2009 des Landes Nordrhein-Westfalen (Drucksache 14/7001)

Sowie:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009 (Drucksachen 14/7002, 14/7900)

zweite Lesung

Teilbereich Städtebau und Wohnen

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ist es interessant, Herr Rasche, dass Sie sich jetzt dafür loben, dass die Wohnungsbauförderung nunmehr wieder auf 950 Millionen € aufgestockt werden soll. Das ist übrigens eine Zahl, von der wir im Jahre 2005 gekommen sind, als Sie die Regierung übernommen haben, und die Sie konsequent und sukzessive abgesenkt haben, unter anderem über Gewinnentnahme und Überschussentnahme aus der Wohnungsbauförderungsanstalt. Wir haben uns in den letzten Jahren mehrfach darüber unterhalten. Dabei haben Sie jedes Jahr so getan, als sei das selbstverständlich.

Also, Sie müssen sich jetzt schon entscheiden. Entweder loben Sie sich jetzt dafür – ich sage gleich, warum das auch noch aus anderen Gründen unglaubwürdig ist –, oder Sie müssten sich zumindest rückwirkend für die letzten Jahre dafür kritisieren lassen, dass Sie diese Summe vermindert haben.

Dass wir damit nicht falsch liegen – um den Bogen dahin direkt zu spannen –, hat die letzte Anhörung gezeigt, in der nämlich Ihrer Politik insbesondere hinsichtlich des Wohnungsbauvermögens letztendlich ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt worden ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich darf noch mal zitieren: Das, was Sie mit dem Wohnungsbauförderungsvermögen machen, ist mieterfeindlich, mittelstandsfeindlich und als in einer besonderen Art und Weise schädlich für die Konjunktur bezeichnet worden. Das sind nicht alleine die Worte der Opposition, sondern auch die Expertinnen und Experten aus den kommunalen Spitzenverbänden, der Bauwirtschaft, der Wohnungswirtschaft, den Spitzenverbänden der Architektenkammer und der Ingenieurkammer Bau haben Ihnen das ins Stammbuch geschrieben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich habe es an anderer Stelle schon gesagt und will es heute noch mal wiederholen: Der Wohnungsbauminister ist in den letzten Jahren in der Wohnungsbauförderungspolitik und in der Städtebauförderung mit der Abrissbirne übers Land gezogen – zugunsten des Finanzministers, wenn man sich die Zahlen anschaut. Wir haben den aktuellen Konflikt, wer sich durchsetzt, heute schon wieder erlebt: der Finanzminister mit seinem Interesse bei der NRW.BANK – im Hintergrund zum Beispiel Bewertungsprobleme der WestLB-Anteile in der NRW.BANK oder

Bewertungsprobleme mit Staatsbürgschaften – oder jemand, der sich um die Wohnungswirtschaft kümmern will. Man muss feststellen: Egal, ob dieser Wohnungsbauminister will oder nicht will, er kann auf jeden Fall nicht, er kann es nicht und er kümmert sich nicht um die Wohnungswirtschaft.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es ist interessant zu sehen, wann die Berichte über die Veränderungen bei der NRW.BANK und bei der Wfa in der Zeitung aufgetaucht sind. Sie sind just einen Tag, nachdem die Koalition bzw. der Wohnungsbauminister faktisch nichts anderes als eine Teilrücknahme der Kürzungen der letzten Jahre verkündet hat, aufgetaucht. Mit Verlaub, um es auf den Punkt zu bringen, das war das Bonbönchen, das Helmut dem Olli für ein Jahr gegeben hat. Danach beginnt die Kürzungsorgie wieder genauso, wie sie in den letzten Jahren stattgefunden hat.

Natürlich, Herr Schemmer, hat sie nicht nur im Zusammenhang mit der Wohnungsbauförderung über die Wfa stattgefunden, sondern zum Beispiel auch bei der Städtebauförderung. Wir haben im Haushalt 2006 die Veränderung bei der Haushaltssystematik kennengelernt. Die Zweckbindungen sind aus dem GFG herausgenommen und es ist in die Einzelpläne überführt worden. Der Finanzminister hat damals ausgeführt: Es wird kein Betrag verändert, der aus der Zweckbindung GFG in die Einzelpläne übertragen wird. Der Erste, der sozusagen einen Preis zahlen musste, war seinerzeit bei der Städtebauförderung dieser Wohnungsbauminister.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Er war der Erste, der innerhalb der laufenden Haushaltsvereinbarungen diesen Preis über die Veränderungsnachweise bezahlen musste. Dann wurde das damals mit zwei weiteren Veränderungsnachweisen im Zusammenhang mit dem Grundstücksfonds wieder „weggeschwemmt“.

Natürlich zählt all das zu dem, was Sie nicht machen. Dass Sie in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Wohnraumförderung immer wieder ausgeführt haben, dass die Wohnungsbauförderungsprogramme ja nicht in der vollen Höhe, wie sie bereitgestellt worden waren, gezeichnet wurden, hat zunächst einmal etwas damit zu tun gehabt, dass Sie die Förderung so umgestellt haben, dass es eine ganze Zeit lang gedauert hat, bis die Antragsverfahren liefen und sich die Verbände, Interessentengruppen auch entsprechend aufgestellt hatten. Wenn man sich das Jahr 2008 anschaut, sind die Wohnungsbauförderungsprogramme bei der Wfa wieder überzeichnet gewesen.

Zunächst müssten wir uns die Frage stellen, was und wie viel in den nächsten Jahren im Lande Nordrhein-Westfalen gebraucht wird. Aus unserer Sicht sollte man das, was Herr Schemmer eben gesagt hat, nicht tun – das hat aber auch keiner gefordert –: wüst quer durchs Land Geschossflächenbau. Wir brauchen vielmehr konzentriert Geschossflächenbau, insbesondere für sozial schwächere Mieterinnen und Mieter in der südlichen Rheinschiene, in den großen Ballungszentren, nicht unbedingt im Ruhrgebiet.

Aber im Ruhrgebiet brauchen wir zum Beispiel den Umbau. Wir brauchen einen ganz starken energetischen Sanierungsdruck durch die Förderprogramme. Wir haben zurzeit eine Situation, in der wir, wenn wir so weitermachen, noch mindestens 60 bis 70 Jahre brauchen, um die notwendigen Sanierungen abzuschließen. Das kann doch angesichts der Probleme nicht ernsthaft gewollt sein. Das kann auch nicht gewollt sein, wenn Sie glauben, in den nächsten Jahren noch mit niedrigen Gaspreisen davonzukommen. Auf Dauer wird das nicht der Fall sein.

Die Barrierefreiheit und die Altersarmut werden in den nächsten Jahren dramatisch steigende Probleme sein. Wenn Sie sich einmal die Statistiken anschauen, werden Sie das zur Kenntnis nehmen müssen. All das müsste eigentlich Gegenstand einer fortschrittlichen und den Verhältnissen entsprechenden Wohnraumförderungs politik sein. Von alledem sehen wir bei Ihnen nichts.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Lassen Sie mich noch kurz ein paar Takte zur LEG sagen, weil eben gefragt worden ist: Was haben LEG und Wfa mit dem Haushalt zu tun? Die Generalabrechnung mit dem Einzelplan 14 – Städtebau und Wohnen – hat schon ganz generell eine Menge damit zu tun.

Und auch an der Stelle gilt: Wer Wohnungsbaupolitik macht, wer Mieterinnen und Mieter im Blick hat, kann eigentlich nicht das machen, was Sie gemacht haben. Dass das ein Problem ist, sehen Sie an der ersten Welle von Mietsteigerungen, an ausbleibenden und gestoppten Modernisierungsvorhaben. All das sind veröffentlichte Tatbestände, die nachvollziehbar sind. Wir haben ausbleibende Investitionen. All das haben wir bei Whitehall, all das ist vorhergesagt worden, und all das ist von Ihnen bestritten worden. Wir sind jetzt in einer Situation – das sage ich Ihnen voraus –, dass wir es in den nächsten Jahren vor dem Hintergrund der Krise an den Finanzmärkten mit einer Verschärfung und nicht etwa mit einer Abflachung dieser Tendenz zu tun haben werden.

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen heute zwei zentrale Anträge vorgelegt. Wir sagen noch einmal: Mit einem Sonderprogramm von 400 Millionen für die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden soll das Land etwas tun. Und wir sagen noch einmal, dass wir im Rahmen des Konjunkturprogramms, von dem wir wollen, dass das Land selber etwas tut, 400 Millionen für die energetische Sanierung des Mietwohnungsbaus in die Hand genommen wissen wollen. Wer ernsthaft meint, dass das nicht nötig ist, ist aus unserer Sicht nicht auf der Höhe der Zeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich unterstelle, Herr Bauminister Wittke – zum Verkehrsminister Wittke kommen wir später –, dass Sie ein Stück weit darauf setzen, viele Früchte Ihrer Arbeit, die noch kommen – das werden saure Früchte für die Mieterinnen und Mieter und für viele Bürgerinnen und Bürger sein –, nicht mehr zu verantworten zu haben, weil Sie dann aus dem Amt ausgeschieden sein werden und ein anderer das Amt übernommen hat. Das ist das Einzige, was Sie mit Ihren Vorgängerinnen und Vorgängern verbindet. Das heißt, Sie scheinen sich schon perspektivisch auf Ihre Flucht und auf den Verlust der Verantwortung in späteren Zusammenhängen vorzubereiten. Man hört ja, Sie wollen Fraktionsvorsitzender werden. Ich bin gespannt, was Sie später in dieser Rolle zu der Politik Ihres Nachfolgers sagen wollen. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das komplette Plenarprotokoll finden Sie unter: <http://www.landtag.nrw.de>